

85. PEAG PERSONALDEBATTE zum FRÜHSTÜCK Berlin

"Sozialer Arbeitsmarkt - Welche Chancen und welche Risiken birgt er?"

Die Diskussion um einen sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose hat das politische Tagesgeschäft erreicht. Während die Beschäftigung seit Jahren steigt, verharrt jedoch die Zahl der Langzeitarbeitslosen bei rund einer Million. Multiple Vermittlungshemmnisse verhindern die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Regierung hat dies aufgenommen und wird vier Milliarden Euro aus Steuergeldern in einem sozialen Arbeitsmarkt stecken. 150.000 langzeitarbeitslose Bürgerinnen und Bürger sollen Beschäftigungen in Bereichen mit „gesellschaftlich relevanten Tätigkeiten“ verrichten. Dazu lesen Sie bitte nachfolgende Stellungnahmen

„Der soziale Arbeitsmarkt soll Menschen erreichen, die ansonsten wenig Chancen haben, überhaupt Arbeit zu finden, dann ist es ein richtiger Ansatz“, so **Johannes Jakob**, DGB Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik beim DGB Bundesvorstand. „Das Programm sollte durch eine persönliche Betreuung (Coaching) begleitet werden und auch Übergangsmöglichkeiten in Weiterbildung oder reguläre Beschäftigung beinhalten. Die Erfahrungen der Länderprogramme sollten genutzt werden - immerhin konnten hier bereits gute Erfolge erzielt werden. So konnten 25 % der länger arbeitslosen Menschen einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt finden.

„Der zweite Arbeitsmarkt ist nichts für Menschen, bei denen die Aussicht besteht, dass sie auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Sie dort unterzubringen, muss das Ziel der Anstrengungen sein“, betont **Katja Suding**, MdB, stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion. „Um Arbeitslosen den Weg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, sollten die Zuverdienstgrenzen für Hartz-IV-Bezieher erhöht werden. Sie dürfen von 450 Euro nur 170 Euro behalten, das ist demotivierend. Für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen wären Tagesjobbörsen eine gute Lösung, die in der Praxis aber an zu hoher Bürokratie scheitern.“